



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
27.10.2025 Günzburger Zeitung: So lief die Sprengung ab: 600 Kilo Sprengstoff und 1800 Bohrlöcher	4
26.10.2025 nordkurier.de: Es dauert nur ein paar Sekunden – dann sind die Kühltürme weg	5
24.10.2025 Elbe-Jeetzel-Zeitung Online: Neue Studie über Zwischenlager: "Männer und Ältere meinen, sich besser auszukennen"	8
25.10.2025 Kreiszeitung Stuhr, Weyhe, Syke: Flugverbot über Zwischenlager Gorleben	10
25.10.2025 Allgäuer Zeitung Kempten: Der radioaktive Müll bleibt: Wie steht es um das Endlager?	11
25.10.2025 augsburger-allgemeine.de: Dieser radioaktive Müll bleibt durch die Atomkraft: Wie steht es um das Endlager?	13
26.10.2025 rbb24: Besuch im Kernkraftwerk Rheinsberg: "Hier jetzt wirklich nichts anfassen"	15

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

So lief die Sprengung ab: 600 Kilo Sprengstoff und 1800 Bohrlöcher

Weniger als eine Minute hat es gedauert, und die Kühltürme sind in sich zusammengefallen. RWE nennt technische Details zur Niederlegung.

Von Sophia Huber

Gundremmingen Nach rund 45 Sekunden waren die 160 Meter hohen Kühltürme des ehemaligen Kernkraftwerks Gundremmingen Geschichte. Am Samstag, 25. Oktober, wurden sie von Spezialisten eines renommierten deutschen Sprengunternehmens kontrolliert und erfolgreich hintereinander niedergelegt. In den Wochen vor der Sprengung wurden bereits sogenannte Fall- und Vertikalschlitze in die Kühlturmhülle eingebracht, die man von außen sehen konnte. Im Leistungsbetrieb sorgten die Kühltürme dafür, dass die Donau nicht zu stark mit Abwärme belastet wurde. Nachdem der Betrieb bereits Silvester 2021 abgeschaltet wurde, hatten auch die Türme keinen Zweck mehr.

„Wir kommen unserem gesetzlichen Auftrag zum zügigen Rückbau der Anlage in Gundremmingen seit Januar 2018 in Block B und seit Januar 2022 in Block C nach. Der erfolgreiche Abbruch der beiden Kühltürme ist nun auch ein nach außen sichtbarer Beleg, dass wir den politisch beschlossenen Kernenergieausstieg konsequent umsetzen“, erklärt Steffen Kanitz, als Vorstandsmitglied der RWE Power AG zuständig für die Sparte Kernenergie.

Rund 600 Kilogramm Sprengstoff in insgesamt 1800 Bohrlöchern waren erforderlich, um die beiden Kühltürme – die in der Betriebsphase nie mit Radioaktivität in Berührung gekommen sind – niederzulegen. Die rund 56.000 Tonnen Material sollen zu Recycling-Schotter, ein am Markt gefragter Baustoff, aufbereitet werden. Bis die Tonnen an Beton zerkleinert und abtransportiert werden, wird es noch einige Wochen dauern, erklärt der Sprecher von RWE vor Ort. Rund 30.000 Zuschauer verfolgten die Sprengung aus sicherer Entfernung. Um 13.24 Uhr wurde die Sprengung offiziell für beendet erklärt, sodass die Behörden den zuvor eingerichteten Sperrbereich aufheben konnten. Umliegende Gebäude der Rückbauanlage sowie das Standortzwischenlager der BGZ und benachbarte Hochspannungsleitungen wurden nicht beeinträchtigt.

„Wir haben den Abbruch der Kühltürme in enger Abstimmung mit dem Landkreis Günzburg und der Gemeinde Gundremmingen über viele Monate intensiv vorbereitet und damit einen wichtigen Meilenstein für den Standort erreicht. Mein besonderer Dank gilt den Vertretern von Landkreis und Gemeinde für die vertrauensvolle und kon-

struktive Zusammenarbeit der letzten Wochen“, betont Standortleiter Heiko Ringel. „Der erfolgreiche Verlauf unterstreicht, dass der Rückbau sicher und verantwortungsvoll läuft.“ Um kurz nach 12 Uhr zeigt sich Ringel im Gespräch mit unserer Redaktion als „ausgesprochen zufrieden“ mit dem Ablauf der Niederlegung. Um 12.01 Uhr war schon nur noch eine Staubwolke zu sehen. Es sei ein Meilenstein des Rückbaus und der erste, den man nun auch von Außen sieht.

Nervös sei er vorher nicht gewesen. „Angespannt, wie bei den anderen Vorhaben auch.“ Mit der Thüringer Sprenggesellschaft habe man erfahrene Leute gehabt. Das Wetter am Samstag war übrigens perfektes Sprengwetter. Kurz vor 12 Uhr begann es relativ stark aus der „richtigen“ Windrichtung zu regnen. Der Regen nahm die Staubpartikel von der Niederlegung auf. Doch auch ohne Regen hätte es natürlich gut funktioniert. Rings um die beiden Türme standen Wasserpools. Die werden, so erklärte es Sprengmeisterin Ulrike Matthes im Voraus, kontrolliert mit gesprengt, um den Staub zu binden. (mit AZ)

Wörter: 476
Seite: 22
Rubrik: Lokales
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 9.876 (gedruckt)
11.383 (verkauft)
11.630 (verbreitet)
Reichweite²: 0,04296 (in Mio)

¹IVW 2/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Abbildung: Um Punkt 12 Uhr fiel der erste, wenige Sekunden später der zweite Turm. Foto: Alexander Kaya

Kühlturm-Sprengung in Gundremmingen

Es dauert nur ein paar Sekunden – dann sind die Kühltürme weg

Im AKW Gundremmingen im Landkreis Günzburg geht der Rückbau voran. Am Wochenende verschwanden weithin sichtbare Zeichen des Kernkraftwerks. Wie Menschen aus der Region das finden.

Das hätte es nun wirklich nicht gebraucht. In wenigen Minuten ist es soweit, Punkt 12 Uhr sollen die Kühltürme gesprengt werden – und jetzt prasselt der Regen runter, gepaart mit Windböen. Doch die Schaulustigen, die es auf dem Fahrrad oder zu Fuß ganz nahe an das stillgelegte Kernkraftwerk Gundremmingen geschafft haben, ficht das nicht an. Das Handy in der einen, den verdrehten Schirm in der anderen Hand warten sie darauf, dass es bumm macht.

56.000 Tonnen Material fällt in sich zusammen

Das passiert dann auch, auf die Minute pünktlich – und doch irgendwie überraschend. Denn bevor die Zuschauer einen dumpfen Laut hören, ist der in Sichrichtung linke Turm schon halb in sich zusammengesackt. Wenige Sekunden später fällt der rechte Kühlturm ihm hinterher, ein paar Menschen klatschen. 56.000 Tonnen Stahlbeton sind gerade in insgesamt 45 Sekunden vor ihren Augen zusammengefallen. 600 Kilogramm Sprengstoff in 1800 Bohrlöchern waren dafür vonnöten. Die Staubwolke, die nun über die Felder zieht, macht die gewaltige Materialmenge vorstellbar, die nun recycelt werden soll.

Weithin sichtbare Wasserdampf Wolken

Die Kühltürme des Kernkraftwerks Gundremmingen: Die meisten der 30.000 Menschen, die sich am Samstag ihre Sprengung live angeschaut haben, kennen die Region wohl nur mit den Türmen. Seit Anfang der 1980er-Jahre

standen sie weithin sichtbar in Donau-nähe im Landkreis Günzburg. Selbst von Ulm aus waren die 160 Meter hohen Türme zu sehen. Mehr als drei Jahrzehnte lang stiegen aus beiden Wasserdampf Wolken auf, bis Ende 2017 im Zuge des Atomausstiegs Block B vom Netz genommen wurde. Block C folgte am 31. Dezember 2021. Seither ist für den Energieversorgungskonzern RWE Rückbau angesagt.

Professionalität vor Emotionalität

„Für mich persönlich, aber auch für unsere Mannschaft ist das jetzt ein weiterer Meilenstein im Rückbau“, sagt RWE-Standortleiter Heiko Ringel, der seit 2001 in Gundremmingen arbeitet. Im Inneren der Gebäude seien bereits Generatoren, Turbinen, viele Kilometer Rohrleitungen, zwei riesige Wasserbehälter und Pumpen entfernt worden. Aber mit der Sprengung der Kühltürme sei der Rückbau von außen nun sichtbar. Wie es ihm damit geht? „Wir gehen das professionell an“, sagt Ringel. „Insofern steht heute die Professionalität und weniger die Emotionalität im Vordergrund.“

Auch ein wichtiger Arbeitgeber in Gundremmingen

Gundremmingens Bürgermeister Tobias Bühler (CSU) erlaubt sich an diesem für ihn besonderen Tag mehr Gefühl. „Die Kühltürme haben mich ein Leben lang begleitet und jetzt sind sie innerhalb von ein paar Sekunden unwiederbringlich weg“, sagt er. Mehr als 45 Jahre lang hätten sie das Landschaftsbild seiner Heimat geprägt, aber auch als Ar-

beitgeber vor Ort sei das Kernkraftwerk für Gundremmingen wichtig gewesen. „Mit der Niederlegung der Türme geht ein markantes Kapitel unserer Ortsgeschichte zu Ende“, sagt Bühler.

Kühltürme als Wahrzeichen der Heimat

Ein Atomkraftwerk, das Heimatgefühle weckt: Das mag befremdlich klingen für jene, die zur Kernkraftnutzung kritisch stehen. Aber in der Gegend zwischen Gundremmingen, Dillingen, Lauingen und Gundelfingen hat sich selbst bei den Menschen, die den Ausstieg aus der Atomenergie eigentlich befürworten, eine Art Nähe mit ihrem Kernkraftwerk direkt vor der Haustüre eingestellt. Denn wenn nach einer Urlaubsreise die Kühltürme auftauchten, wussten die Rückkehrer: Jetzt sind wir wieder daheim.

Dieses Gefühl kennt auch Marie-Luise Lang aus Landshausen, ein Ortsteil der Gemeinde Syrgenstein im Landkreis Dillingen. Für die frühere Ballonfahrerin hatten die Kühltürme noch eine weitere Funktion. „Sie waren für uns auch die idealen Windrichtungsanzeiger“, sagt die 75-Jährige. „Wir wussten in etwa, wohin die Fahrt des Ballons ging.“

Zuschauerin wird es wehmütig ums Herz

„Beim Zusammensacken der Türme musste ich fast ein wenig mit den Tränen kämpfen“, sagt Alexandra Korndörfer aus Dillingen, die sich die Sprengung zusammen mit Robert Fuhrmann angeschaut hat. Für sie sei ein „Mar-

ker in der Landschaft“ verschwunden, „da wird einem doch ein wenig wehmütig ums Herz“, so Korndörfer. Es werde noch eine Zeit dauern, bis sie sich an die Landschaft ohne dieses Wahrzeichen gewöhnt hat.

Dabei finden es die beiden im Grunde richtig, dass sich Deutschland von der Kernkraftnutzung verabschiedet hat. In den Energiepreisen seien die Folgekosten, beispielsweise für Entsorgung, Zwischenlager und Endlager, nicht angemessen eingepreist. „Ohne geeignetes Endlager wäre es nicht zu verantworten, weiterhin atomaren Müll zu verursachen, der noch viele Generationen nach uns belasten wird – auch finanziell“, sind sie sich einig.

Gundremmingen hat finanziell profitiert

Gundremmingen selbst hat hingegen vom Kernkraftwerk finanziell nur profitiert. Während andere Kommunen in Deutschland hochverschuldet sind und jeden Euro zweimal umdrehen müssen, konnte die kleine Gemeinde mit fast 1400 Einwohnern ihre Gewerbesteuererinnahmen unter anderem in Immobilien in München investieren. Denn das Rathaus, der Kindergarten und die Grundschule im Dorf waren da bereits in einem sehr guten Zustand. Dass ein goldenes Atomsymbol ins Gemeindegewand eingefügt wurde, passt als Zeichen zur wirtschaftlichen Prosperität des Ortes.

RWE-Mitarbeiter stolz auf die Leistung ihres Kraftwerks

Die RWE-Mitarbeiter sind aber auch stolz auf die Leistung ihres ehemaligen Kernkraftwerks. „Wir waren eine tragende Säule hier in Bayern“, sagt Rückbauleiter Ringel. Zwischen 25 und 30 Prozent des Stromverbrauchs seien in Gundremmingen produziert worden, als beide Blöcke noch liefen – „sicher, CO₂-neutral, zuverlässig“. Jährlich hätten sie rund 20 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt. Auf 37 Betriebsjahre gerechnet kommt RWE-Vorstandsmitglied Steffen Kanitz, der für die Sparte Kernenergie zuständig ist, auf 709 Terrawattstunden Strom. Doch das ist Geschichte.

Verstorbener Vater war Techniker im Kernkraftwerk

Peter Mies, der in Gundremmingen aufgewachsen ist und jetzt in Friedberg wohnt, verbindet mit dem Kernkraftwerk auch eine Geschichte – und zwar eine ganz persönliche. Sein verstorbener Vater hat dort als Techniker gearbeitet. Um die Sprengung der Kühltürme zu sehen, wollte sich seine Familie bei dessen Grab treffen. Freude darüber, dass sie aus der Landschaft verschwinden, kann der 60-Jährige nicht empfinden. „Aber rein rational betrachtet, sind sie obsolet. Bevor noch irgendetwas passiert, ist es besser, sie zu entfernen“, so Mies.

Wie er als Sohn eines Kernkraftwerk-Mitarbeiters zum Ausstieg aus der Atomenergie steht? Keine einfache Frage, findet er. „Im Hinblick auf die Erd Erwärmung wäre Kernenergie in der Lage, hier gegenzusteuern“. Dass sie teilweise durch fossile Brennstoffe ersetzt werden müsse, sei kontraproduktiv. Gleichzeitig habe aber der Ausstieg die Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien erhöht. Windkraft und Photovoltaik wären ansonsten „wohl nicht so intensiv gefördert worden“, meint Mies.

Spatenstich für Deutschlands größten Batteriespeicher

Auch für Gundremmingen entstehen daraus neue Chancen – weiterhin im Energiesektor. Auf einer 55 Hektar großen Fläche in Richtung Lauingen soll ein Photovoltaik-Park entstehen, der den Strombedarf von rund 20.000 Haushalten pro Jahr decken soll. Zudem plant RWE an dem Standort ein Gaskraftwerk, das perspektivisch mit Wasserstoff betrieben werden kann, und Deutschlands größten Batteriespeicher. Zum Spatenstich der Batterieanlage am kommenden Mittwoch wird auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder erwartet, der bei der Sprengung der Kühltürme nicht zugegen war – die CSU feierte an diesem Tag ihren 80. Geburtstag.

Zwischenlager bleibt für mehrere Jahrzehnte

Der Region bleibt das Material aus der Kernkraftnutzung noch lange erhalten. Nicht nur, weil der Rückbau voraussichtlich bis mindestens 2035 dauert. Noch viel länger bleibt das Zwischenlager bestehen, in dem die abgebrannten Brennelemente in Castor-Be-

hältern eingelagert sind. „Wir haben eine Genehmigung bis 2046, aber das wird uns nicht ausreichen“, sagt Stefan Mirbeth, Pressesprecher der BGZ – Gesellschaft für Zwischenlagerung in der Region Süd. Bis 2046 werde noch kein betriebsbereites Endlager gefunden sein, deshalb müsse länger zwischengelagert werden, „also deutlich in die zweite Hälfte des Jahrhunderts hinein“. Seit 2019 ist die BGZ als bundeseigene Gesellschaft für das Zwischenlager in Gundremmingen zuständig – und nicht mehr die RWE.

Atomkraftgegner warnen vor Gefahr der Brennstäbe

Die Anti-Atomkraftbewegung in der Region sieht sich deshalb noch lange nicht am Ende ihres Kampfes. „Die Kühltürme verschwinden, der Todesmüll bleibt“, teilte Raimund Kamm, Vorstand des Forums „Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik“, bereits vor ihrer Sprengung mit. „Die Produktion dieses Mülls war ein Verbrechen an unseren Nachkommen“, sagt Kamm auf Nachfrage. Bei Freisetzung der Strahlung durch Terroranschläge oder gar Krieg müssten ganze Gemeinden und Landkreise im großen Umkreis evakuiert werden, befürchtet er. Ein solches Szenario hält BGZ-Sprecher Mirbeth allerdings für ausgeschlossen. Die Castoren seien darauf ausgelegt, höchsten Belastungen standzuhalten, ob Feuer oder Druck.

Kritik am Ausstieg aus der Kernenergie

Elmar Lorenz aus Wittislingen steht sozusagen auf der anderen Seite des Meinungsspektrums zur Kernenergie: Der Ausstieg sei definitiv ein Fehler gewesen, sagt er. Deutschland habe weltweit einen der höchsten Strompreise, alle Industrienationen würden weiterhin auf Kernkraft setzen, und zwar in vielen Nachbarländern auch auf solche, die „nicht annähernd an die deutschen Sicherheitsstandards zum Beispiel bei einem Flugzeugabsturz heranreichen“.

„Wo also war der Nutzen oder Gewinn des Ausstiegs?“, fragt er. Seine Antwort darauf: „Die AKW waren wohl leider Feindbild Nummer 1 der deutschen Grünen.“

Auch er hat sich zusammen mit seiner Frau Gitta die Sprengung der Kühltürme

angeschaut. Warum? „Weil ich nicht oft genug den Kopf schütteln kann über die deutsche Energiepolitik“, sagt Elmar Lorenz. „Es ist ein trauriger Tag für den Industriestandort Deutschland und die zugehörige Volkswirtschaft.“

Zeitenwende in Gundremmingen

Doch jetzt sind sie weg. Die Schaulustigen, die am Samstag mit dem Auto in die Nähe des stillgelegten Kernkraftwerks Gundremmingen gekommen sind, können sich schon mal an ein Landschaftsbild ohne Kühltürme gewöhnen. Denn nach Hause geht es nur im Schritttempo. Gundremmingens Bürgermeister Tobias Bühler blickt

trotz seiner vorherigen Wehmut schon wieder optimistisch in die Zukunft. Die RWE stehe weiterhin zu Gundremmingen, und seine Gemeinde bleibe ein wichtiger Energiestandort in Bayern. Das sei die „Zeitenwende in der Energiewende“.

Wörter:	1.483	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Claudia Kling https://www.nordkurier.de/autoren/claudia-kling-1195	Visits (VpD) ¹ :	726.582
Rubrik:	Politik	Unique Users (UUpD) ² :	355.000
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://www.nordkurier.de/politik/es-dauert-nur-ein-paar-sekunden-dann-sind-die-kuehltuerme-weg-4032176		
	¹ von PMG gewichtet 08-2025		
	² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+		

Abbildung: Auf die Minute pünktlich: Die beiden Kühltürme des stillgelegten Kernkraftwerks Gundremmingen wurden gesprengt. 30.000 Schaulustige kamen in die Region, um dieses Ereignis live zu sehen.

Fotograf/-in: (Foto: Peter Kneffel/dpa)



Atomabfall-Wirtschaft

Neue Studie über Zwischenlager: "Männer und Ältere meinen, sich besser auszukennen"

BGZ ließ deutschlandweit rund 3.600 Anwohner von Atommülllagern befragen – darunter auch 222 im Wendland

Gorleben. Menschenmassen, Polizeiaufgebot, Castoren, Tag X – bei diesen Begriffen kommen Bilder zurück in die Köpfe, die noch vor Jahrzehnten das Wendland berühmt und je nach Sichtweise auch berüchtigt gemacht haben. Doch wie sehen die Menschen die Atommülllagerung heute? Interessiert es sie noch? Und fast noch wichtiger: Was wissen sie überhaupt davon? Die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) hat dafür die Aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung mit einer Umfrage beauftragt. Die Marktforscher befragten insgesamt 3.604 Menschen in einem Radius von 25 Kilometern um die 16 von der BGZ betriebenen Zwischenlager-Standorte (noch ohne das neue Zwischenlager Brunsbüttel) online oder per Telefon. Darunter auch 222 Personen aus der Umgebung Gorlebens. Es ist nach 2023 die zweite derartige Umfrage.

Gorleben immer noch in besonderer Position

Um es gleich vorwegzunehmen: Gorleben spielt bei den Zwischenlagerstandorten eine besondere Rolle. Kein anderes Zwischenlager ist in seiner Region – mit fast 90 Prozent – so bekannt. 87 Prozent der Befragten vor Ort kennen das Brennelemente-Zwischenlager Gorleben (für hoch radioaktiven Abfall) und 89 Prozent das Abfall-Zwischenlager (für schwach und mittel radioaktiven Abfall). Andere Lager wie Philippsburg, Staade und Unterweser schaffen es gerade einmal bis zur 50-Prozent-Marke.

Die Befragung hat auch ergeben, dass höher gebildete "Männer und Ältere meinen, sich besser auszukennen". "Dies könnte auf Sozialisierungseffekte aus der Anti-Kernkraft-Bewegung, aber auch auf eine generell mit dem Alter wachsende Kenntnis der Region zurückzuführen sein", interpretieren die Marktforscher die Daten. Auch werde nirgendwo sonst so intensiv wie in Lüchow-Dannenberg über die Zwischenlagerung diskutiert. Allerdings interessieren sich offenbar generell immer weniger Wendländer für das Thema. So habe sich laut Umfrage der Anteil der aktiv nach Informationen Suchenden von 40 Prozent im Jahr 2023 auf nunmehr knapp 23 Prozent fast halbiert. Diejenigen, die suchen, scheinen aber gut informiert zu sein. Laut Umfrage weiß mehr als die Hälfte von ihnen, was sich im hiesigen Zwischenlager an Atommüllarten befindet. Das ist bundesweit überdurchschnittlich, hat Aproxima herausgefunden.

Die Castoren im Zwischenlager Gorleben werden voraussichtlich noch lange dort bleiben. Das wiederum wirft Fragen in Lüchow-Dannenberg auf. Beispielsweise darüber, wie lange die Anlagen ihren Zweck erfüllen können.

Archivfoto: R. Groß

Harter Kern fordert mehr Informationen

Die Marktforscher haben in Sachen Informationslage noch ein wenig weiter gebohrt. Fast 44 Prozent der Befragten, die das Zwischenlager kennen, ga-

ben an, in den vergangenen zwei Jahren, ohne aktiv danach zu suchen, nie bis sehr selten aus den Medien – und damit auch aus der EJZ –, im Internet oder sozialen Netzwerken etwas über die Zwischenlagerung gehört zu haben. Nimmt man diejenigen dazu, die hin und wieder etwas vernommen haben, sind es 78 Prozent. Kritik kommt von den gut Informierten (47 Personen): Etwa jeder Zweite ist der Erhebung zufolge eher weniger bis sehr wenig mit den Informationen über die Zwischenlagerung zufrieden – am wenigstens mit dem Umfang, am ehestens noch mit der Glaubwürdigkeit.

Dieser Personenkreis dürfte weitgehend diejenigen abdecken, die mehr Informationen fordern. Das sind unter allen 222 Befragten aus dem Gorlebener Umfeld aber dennoch nur 38 Prozent (84 Menschen). Mehr als die Hälfte will nicht mehr wissen. Wer aber mehr wissen will, sieht vor allem Zeitung – und damit wiederum die EJZ –, Radio und Fernsehen (fast 93 Prozent) in der Pflicht. Soziale Medien spielen mit circa 51 Prozent eine im Vergleich dazu deutlich geringere Rolle. Noch weniger, nämlich nur jeder Fünfte, wünscht sich Diskussionsrunden, Einladungen zu Infotreffen und so weiter. Die Neigung zu klassischen Medien mag damit zusammenhängen, dass etwa 61 Prozent der Befragten 50 Jahre und älter sind. Bei der Aufbereitung der Informationen haben sie klare Vorstellungen: Verständlich formuliert, nüchtern, umfassend und detailliert müsse es sein.

Staatliche Verantwortung kommt gut an

Obwohl fast alle befragten Menschen das Gorlebener Zwischenlager kennen, wissen sieben von zehn nicht, wer es betreibt. Auch das hat die Umfrage herausgefunden. Dass aber der Staat – oder im Fall der BGZ eine Gesellschaft des Bundes – sich um die Zwischenlagerung kümmert, finden drei Viertel der Menschen gut bis sehr gut. Auch sagen knapp 60 Prozent, dass das Zwischenlager notwendig sei, wenngleich die Hälfte der Meinung ist, es sei eher schlecht für die Region. Die Menschen sorgen sich dabei vor allem um den Wert ihrer Häuser und Grundstücke sowie um die Umwelt. Immerhin die Waage zwischen positivem und negativem Einfluss hält es sich, wenn es um Arbeitsplätze, Wirtschaft und die finanzielle Situation der Region geht. Den Skeptikern würde es helfen, wenn kein weiterer Atommüll ins Lager komme und ein überzeugendes Sicherheitskonzept erkennbar sei.

Die Halle für die insgesamt 113 Castoren auf dem Gelände des Zwischenlagers Gorleben.

Aufn.: BGZ

„Die Umfrage liefert uns aktuelle Informationen zum Wissensstand und Stimmungsbild der Bürger und Bürgerinnen an den Standorten“, sagt die Vorsitzende der BGZ-Geschäftsführung, Bettina Hesse. „Mit der zweiten Auswertung ergibt sich ein noch detaillierteres Bild, das wir durch weitere Umfragen in den kommenden Jahren ergänzen wollen.“ Die BGZ wolle die Ergebnisse in ihre Arbeit einfließen lassen. „Die Bekanntheit der beiden Zwischenlager in Gorleben geht in erster Linie ja wohl auf unsere Öffentlichkeitsarbeit zurück“, kommentiert Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die Umfrageergebnisse. Die Akzeptanz der Zwischenlager bundesweit sei ohnehin nicht hoch; rund die

Hälfte der Befragten halte die oberirdische Lagerung des Atommülls für riskant, sagt Ehmke. Und: „Wenn den Befragten gesagt würde, dass der Müll für weitere 100 Jahre oberirdisch und dass der hoch radioaktive Müll – wie die BGZ es offensichtlich plant – ohne weitere bauliche Nachrüstungen gelagert werden soll, wäre das Ergebnis wahrscheinlich noch schlechter ausgefallen.“

Die komplette Umfrage mit allen detaillierten Ergebnissen gibt online hier.

Erscheinungstag: 04.09.2025 Kategorie: Lüchow-Dannenberg Standort: Lüchow/Gorleben Hoch radioaktiver Atommüll

Streit um Castoren: "Sie machen sich hier keine Freunde"

Behördenvertreter bleiben in Lüchow vage zur verlängerten Zwischenlagerung in Gorleben – lokale Politik zeigt sich enttäuscht und stellt Forderung

Wörter: 973
Autor/-in: Jens Heymann
Rubrik: Menü
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe 7.037

Weblink: <https://www.ejz.de/lokales/neue-studie-ueber-zwischenlager-maenner-aeltere-meinen-besse-id462765.html>

¹ von PMG gewichtet 08-2025

Abbildung: Die Castoren im Zwischenlager Gorleben werden voraussichtlich noch lange dort bleiben. Das wiederum wirft Fragen in Lüchow-Dannenberg auf. Beispielsweise darüber, wie lange die Anlagen ihren Zweck erfüllen können.

Fotograf/-in: Archivfoto: R. Groß

Abbildung: Die Halle für die insgesamt 113 Castoren auf dem Gelände des Zwischenlagers Gorleben.

Fotograf/-in: Aufn.: BGZ

Flugverbot über Zwischenlager Gorleben

Gorleben – Die zunehmenden Drohnensichtungen haben die Behörden sensibilisiert. Die Deutsche Flugsicherung (DFS) richtet zum 19. März 2026 eine Flugverbotszone über dem atomaren Zwischenlager Gorleben ein. Das teilte das niedersächsische Umweltministerium am Freitag in Hannover mit. Ähnliche Flugverbotszonen sollen auch über den Lagern Ahaus (NRW) und Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) eingerichtet werden. An den alten Kernkraftwerk-Standorten mit Zwischenlager, darunter am AKW Unterweser bei Kleinensiel (Wesermarsch), seien von Anfang an Flugverbotszonen eingerichtet worden, so ein Ministeriumssprecher.

113 Castorbehälter mit Atommüll

Mit der Flugverbotszone in Gorleben erfüllt die Flugsicherung eine langjährige Forderung der Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg. Denn für rund 20 Millionen Euro lässt die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) zwar gerade

eine zehn Meter hohe Schutzmauer errichten. Vor Terror oder Drohnenangriffen sei das Lager aber nicht ausreichend geschützt.

Im Zwischenlager Gorleben stehen 113 Castorbehälter mit hochradioaktivem Atommüll aus den deutschen Kernkraftwerken. Die Suche zur dauerhaften Lagerung hält an. Ende 2027 will die BGE sogenannte Standortregionen benennen, die zunächst oberirdisch erkundet werden sollen.

Umweltminister Christian Meyer (Grüne) hatte nach Drohnensichtungen und Berichten über militärische Tiefflüge über den Atomanlagen die Region besucht und sich anschließend beim Bund noch einmal für ein Flugverbot starkgemacht. „Endlich!“, begrüßte Meyer die Einrichtung der Flugverbotszone. „In Zeiten, wo durch Russland, aber auch andere Gruppen mit Drohnen über sensiblen Anlagen Verunsicherung geschürt wird, ist es überfällig, dass direkte Überflüge in niedriger Höhe über dem Castorlager, egal ob durch Flugzeuge oder Drohnen, verboten werden.“ Die Flugverbotszone kann einem Ministeriumssprecher zufolge erst zum März eingerichtet werden, weil die Flugsicherung noch Karten aktualisieren müsse.

Die Halle in Gorleben für die Zwischenlagerung hat eine Fläche von 5 000 Quadratmetern und bietet 420 Stellplätze für Transportbehälter. Sie ist nicht zu verwechseln mit dem Salzstock in Gorleben, der als bundesweites atomares Endlager nicht zur Verfügung steht und wieder verfüllt werden soll. Rund 400 000 Tonnen Steinsalz sollen über Förderbänder in Gruben, Stollen und Schächte zurückbefördert werden, teilte das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) vor einem Jahr mit. STEFAN IDEL

Die Halle in Gorleben für die Zwischenlagerung hat eine Fläche von 5 000 Quadratmetern und bietet 420 Stellplätze für Transportbehälter. Sie ist nicht zu verwechseln mit dem Salzstock in Gorleben, der als bundesweites atomares Endlager nicht zur Verfügung steht und wieder verfüllt werden soll. Rund 400 000 Tonnen Steinsalz sollen über Förderbänder in Gruben, Stollen und Schächte zurückbefördert werden, teilte das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) vor einem Jahr mit. STEFAN IDEL

Wörter: 318
Seite: 6
Ressort: Blick-Norden
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 7.047 (gedruckt)
10.334 (verkauft)
10.421 (verbreitet)
Reichweite²: 0,01762 (in Mio)

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. (c) Kreiszeitung Syke

¹ von PMG gewichtet 07/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Der radioaktive Müll bleibt: Wie steht es um das Endlager?

Nach Grafenrheinfeld werden nun auch die Kühltürme in Gundremmingen gesprengt. Doch die hochradioaktiven Stoffe lagern weiterhin an den Standorten. Wie es mit ihnen weitergeht.

Von Michael Kerler

Gundremmingen Seit dem Atomausstieg werden die deutschen Kernkraftwerke Stück für Stück zurückgebaut. Das augenfälligste Zeichen dafür ist die Sprengung der Kühltürme. Nachdem die Türme in Grafenrheinfeld bereits in Schutt und Staub aufgingen, sollen an diesem Samstag die Türme in Gundremmingen fallen. Die radioaktiven Stoffe aus der Betriebszeit sind aber längst nicht aus der Welt. Ein Überblick.

Fallen bei der Sprengung von Kühltürmen radioaktiv belastete Materialien an?

Nach der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke in Deutschland befinden sich inzwischen alle 33 früheren Reaktoren in Stilllegung, berichtet das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Die Sprengung von Kühltürmen ist ein eindrucksvolles Erlebnis, es geht hier aber um die harmlosen Stoffe. „Eine radiologische Belastung der Kühltürme ist aus anlagentechnischen Aspekten auszuschließen“, berichtet das Bundesamt. „Der zur erforderlichen Kondensation des Dampfes eingesetzte Kühlwasserkreislauf – zu dem auch die Kühltürme gehören – ist ein getrenntes System, das nicht mit radioaktiv beaufschlagten Medien in Kontakt kommt.“ Der Stahlbeton soll wiederverwertet werden.

Welche Mengen radioaktiver Materialien fallen beim Abriss eines Atomkraftwerks an?

Der Rückbau führt zu großen Mengen Abbruchmaterial. Im Fall von Gundrem-

mingen geht es um rund 830.000 Tonnen. Im Kraftwerk war ein Siedewasserreaktor im Einsatz. Bei solchen Reaktoren geht man davon aus, dass rund 55 Prozent der Masse auf den Kontrollbereich entfallen, also den Bereich mit erhöhter Strahlung. Diese Materialien werden radiologisch gemessen, gegebenenfalls dekontaminiert und bewertet. Der überwiegende Teil – rund 98 Prozent der Kontrollbereichsmasse – könne danach konventionell verwertet oder entsorgt werden. Es blieben aber rund zwei Prozent oder 4000 Tonnen radioaktive Abfälle, die erst zwischengelagert und dann in ein Endlager gebracht werden. Für schwach- und mittelradioaktive Stoffe entsteht das Endlager „Schacht Konrad“. Ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wird gesucht.

Ist die Sicherheit im Umgang mit den radioaktiven Abbruchmaterialien gewährleistet?

„Alle Arbeiten erfolgen unter behördlicher Aufsicht und unter Beteiligung beauftragter Sachverständiger, um einen sicheren Umgang mit den Materialien und den Schutz von Mensch und Umwelt vor radiologischen Gefährdungen zu gewährleisten“, verspricht das Bundesamt. Radioaktive Abfälle würden deklariert, verpackt und zwischengelagert, bis sie in ein Endlager kommen. Denn: „Erst wenn alle radioaktiven Abfälle in Endlagern sicher abgeschirmt wurden, sind Mensch und Umwelt in Deutschland dauerhaft geschützt“, sagt BASE-Präsident Christian Kühn.

Es bleiben auch die Brennstäbe als hochradioaktives Material zurück. Über

welche Mengen reden wir hier eigentlich?

Die abgebrannten Brennstäbe stellen die gefährlichsten Hinterlassenschaften dar. Von ihnen geht über Hunderttausende Jahre hochradioaktive Strahlung aus. Die Brennstäbe werden in rund fünf Meter hohen Castor-Behältern abgeschirmt. Früheren Angaben des Bundesamtes zufolge werden es am Ende rund 1750 Castor-Behälter sein, für die ein Endlager gesucht werden muss. Derzeit befinden sich die Behälter in 16 oberirdischen Zwischenlagern - meist in Nähe der alten Kraftwerke. In Gundremmingen sind derzeit 152 Stellplätze mit Castoren belegt. In Grafenrheinfeld stehen über 50 Castoren.

Wo sollen die hochradioaktiven Materialien gelagert werden?

Die Suche nach einem Endlager läuft. Das Endlager soll tief im Untergrund liegen. Die Anforderung lautet, dass es Sicherheit für eine Million Jahre bieten muss. Mehrere Gesteine kommen dementsprechend als Lagerort infrage. Tongestein, das es vor allem in Norddeutschland und zwischen Ulm und Stuttgart gibt. Steinsalz, das sich vor allem in der Mitte Deutschlands findet. Und Granit, der hauptsächlich im Süden Deutschlands ist.

Wie ist derzeit der Stand der Dinge auf der Suche nach einem passenden Endlager?

Die hat mit einer weißen Landkarte begonnen, inzwischen sind aber mehrere Gebiete ausgeschlossen worden. Am 3. November will die Bundesgesellschaft

für Endlagerung die Gebiete weiter eingrenzen. Ende 2027 sollen dann die Standortregionen vorgeschlagen werden, die übertägig erkundet werden. Trotzdem zeichnet sich ab, dass sich

das Verfahren länger hinziehen wird: Hatte man ursprünglich das Ziel, bis 2031 einen Standort zu finden, hofft man inzwischen, dies bis 2046 zu schaffen. Mit Genehmigung, Bau und Einla-

gerung dürfte es bis ins nächste Jahrhundert dauern, bis der hochradioaktive Atommüll unter der Erde ist.

Wörter: 626
Seite: 5
Rubrik: Politik
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 13.915 (gedruckt)
16.601 (verkauft)
17.295 (verbreitet)
Reichweite²: 0,06188 (in Mio)

¹IVW 2/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Sprengung in Gundremmingen

Dieser radioaktive Müll bleibt durch die Atomkraft: Wie steht es um das Endlager?

Nach Grafenrheinfeld werden nun auch die Kühltürme in Gundremmingen gesprengt. Doch die hochradioaktiven Stoffe lagern weiterhin an den Standorten. Wie es mit ihnen weitergeht.

Seit dem Atomausstieg werden die deutschen Kernkraftwerke Stück für Stück zurückgebaut. Das augenfälligste Zeichen dafür ist die Sprengung der Kühltürme. Nachdem die Türme in Grafenrheinfeld bereits in Schutt und Staub aufgingen, sollen an diesem Samstag die Türme in Gundremmingen fallen. Die radioaktiven Stoffe aus der Betriebszeit sind aber längst nicht aus der Welt. Ein Überblick, wie es mit Ihnen weitergeht.

Fallen bei der Sprengung von Kühltürmen radioaktiv belastete Materialien an?

Nach der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke in Deutschland befinden sich inzwischen alle 33 ehemals betriebenen Reaktoren in Stilllegung, berichtet das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Die Sprengung von Kühltürmen ist ein eindrucksvolles Erlebnis, es geht hier allerdings eher um die harmlosen Stoffe. „Eine radiologische Belastung der Kühltürme ist aus anlagentechnischen Aspekten auszuschließen“, berichtet das Bundesamt. Im Falle von Gundremmingen ergibt sich dies aus der Konstruktion: „Der zur erforderlichen Kondensation des Dampfes eingesetzte Kühlwasserkreislauf – zu dem auch die Kühltürme gehören – ist ein getrenntes System, das aufgrund seiner technischen Auslegung nicht mit radioaktiv beaufschlagten Medien in Kontakt kommt.“ Der Stahlbeton soll vor Ort zerkleinert und wiederverwertet werden.

Welche Mengen radioaktiver Materialien fallen beim Abriss eines Atomkraftwerks an?

Der Rückbau eines Kraftwerks führt zu großen Mengen Abbruchmaterial. Im Fall von Gundremmingen beziffert es das Bundesamt auf rund 830.000 Tonnen. Im Kraftwerk war ein Siedewasserreaktor im Einsatz. Bei solchen Reaktoren geht man davon aus, dass rund 55 Prozent der Masse auf den Kontrollbereich entfallen, also den Bereich, in dem es zu einer erhöhten Strahlung kommen kann. Diese Materialien werden radiologisch charakterisiert, gegebenenfalls dekontaminiert und bewertet, berichtet das Bundesamt. Der überwiegende Teil – rund 98 Prozent der Kontrollbereichsmasse – könne danach konventionell verwertet oder entsorgt werden. Es blieben aber rund zwei Prozent oder 4000 Tonnen radioaktive Abfälle, die erst zwischengelagert und anschließend in ein Endlager gebracht werden. Für schwach- und mittelradioaktive Stoffe entsteht derzeit das Endlager „Schacht Konrad“. Ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wird gesucht.

Ist die Sicherheit im Umgang mit den radioaktiven Abbruchmaterialien aus dem restlichen Reaktorgebäude gewährleistet?

„Alle Arbeiten erfolgen unter behördlicher Aufsicht und unter Beteiligung beauftragter Sachverständiger, um einen sicheren Umgang mit den Materialien und den Schutz von Mensch und Umwelt vor radiologischen Gefährdungen zu gewährleisten“, verspricht das Bundesamt. Radioaktive Abfälle würden deklariert, verpackt und zwischengelagert, bis sie an ein Endlager abgegeben werden können. Denn: „Erst wenn alle radioaktiven Abfälle in Endlagern sicher abgeschirmt wurden, sind Mensch und Umwelt in Deutschland

dauerhaft geschützt“, sagt BASE-Präsident Christian Kühn.

Es bleiben auch die Brennstäbe als hochradioaktives Material zurück. Über welche Mengen reden wir hier?

Die abgebrannten Brennstäbe stellen die gefährlichsten Hinterlassenschaften dar. Von ihnen geht über Jahrtausende hochradioaktive Strahlung aus. Die Brennstäbe werden in meterhohen Castor-Behältern abgeschirmt. Früheren Angaben des Bundesamtes zufolge werden es am Ende rund 1750 Castor-Behälter sein, für die ein Endlager gesucht werden muss. Derzeit befinden sich die Behälter bundesweit in 16 oberirdischen Zwischenlagern - im Regelfall in der Nähe der alten Kraftwerke. In Gundremmingen sind nach Angaben des Bundesamtes derzeit 152 Stellplätze mit Castoren belegt. In Grafenrheinfeld stehen 54 Castoren.

Wo sollen die hochradioaktiven Materialien eines Tages gelagert werden?

Die Suche nach einem Endlager läuft. Das Endlager soll die hochradioaktiven Stoffe dauerhaft von der Umwelt abschließen und deshalb tief im Untergrund liegen. Die Anforderung lautet, dass es Sicherheit für eine Million Jahre bieten muss. Mehrere Gesteine kommen als Lagerort infrage. Tongestein, das es vor allem in Norddeutschland und in der Gegend zwischen Ulm und Stuttgart gibt. Steinsalz, das sich vorwiegend in der Mitte Deutschlands findet. Und Granit, der hauptsächlich im Süden Deutschlands ist.

Wie ist der Stand der Dinge auf der Suche nach einem Endlager?

Die Suche hat mit einer weißen Landkarte begonnen, inzwischen sind aber mehrere Gebiete ausgeschlossen worden. Am 3. November will die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) die Gebiete weiter eingrenzen. Ende 2027 sollen dann die Standortregionen vor-

geschlagen werden, die übertägig erkundet werden. Trotzdem zeichnet sich ab, dass sich das Verfahren länger hinziehen wird: Hatte man ursprünglich das Ziel, bis 2031 einen Standort zu finden, hofft man inzwischen, dies bis

2046 zu schaffen. Mit Genehmigung, Bau und Einlagerung dürfte es bis ins nächste Jahrhundert dauern, bis der hoch radioaktive Atommüll unter der Erde ist.

Wörter:	667	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Michael Kerler https://www.augsburger-allgemeine.de/autoren/michael-kerler-507	Visits (VpD) ¹ :	498.645
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD) ² :	81.000
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/sprenzung-in-gundremmingen-das-passiert-mit-dem-hochradioaktiven-atommuell-112617185>

¹ von PMG gewichtet 08-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Abbildung: Im atomaren Zwischenlager auf dem Gelände des Kernkraftwerks Gundremmingen lagern Castorbehälter mit verbrauchten Brennelementen aus den Kraftwerksblöcken B und C des einst leistungsstärksten Atomkraftwerks Deutschlands.

Fotograf/-in: Foto: Bernhard Weizenegger

Abbildung: Im Zwischenlager Gundremmingen lagern abgebrannte Brennstäbe in Castor-Behältern

Fotograf/-in: Foto: Christopher Mick/BGZ

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 rbb24

Besuch im Kernkraftwerk Rheinsberg: "Hier jetzt wirklich nichts anfassen"

26. Oktober 2025 09:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Bild: rbb/Pauline Pieper

Eigentlich sollte hier längst eine grüne Wiese sein. Stattdessen steht mitten im Naturschutzgebiet in Rheinsberg das erste **Atomkraftwerk** der DDR. Seit 30 Jahren läuft der Rückbau – und ein Ende ist nicht in Sicht. Von Pauline Pieper

Durch den Wald im Naturschutzgebiet bei Rheinsberg (Ostprignitz-Ruppin) führt eine schmale Straße. Dann taucht ein Metalltor auf: Die Gitterstäbe formen eine Friedenstaube auf dem **Atomsymbol**. Noch ein paar Hundert Meter weiter steht es – umgeben von Betonmauer und Stacheldraht: das erste Kernkraftwerk der DDR, einst Stolz des Landes, heute Überbleibsel einer Technologie, von der man sich abgewendet hat.

Seit 35 Jahren wird hier kein Strom mehr erzeugt. 1990 wurde das Kernkraftwerk nach 24 Jahren Betriebszeit aus Sicherheitsgründen abgeschaltet. Seit 1995 läuft der Rückbau – eigentlich sollte er 2014 abgeschlossen sein. Doch das Kraftwerk steht immer noch. Warum dauert das so lange? Das Tor zum Kernkraftwerk Rheinsberg Bild: rbb/Pauline Pieper

Bevor man den Kontrollbereich betritt, erklärt Strahlenschutzbeauftragter Matthias Fischer die Regeln: nichts anfassen, nicht essen und trinken, alle Anweisungen befolgen. Alle müssen ihre Kleidung vollständig wechseln - orangefarbener Overall, Helm und Maske. Die müsse man aufsetzen, "falls ein Alarm kommt". Außerdem erhält man ein Dosimeter, das Strahlung misst. Noch steht es auf Null.

Mehr als 300 Räume und 70.000 Tonnen Beton

Hinter der Personenschleuse führt der Weg viele Treppenstufen hoch in die Räume, die am weitesten vom ehemaligen Reaktor entfernt sind – und wo der Rückbau schon am weitesten fortgeschritten ist. "Das ist der Zustand, den wir eigentlich sehen wollen", erklärt Fischer. Hier stehen nur noch die rohen Betonwände. Alle Schrauben sind demontiert, Farbe und Lack entfernt, Leitungen ausgebaut. Jedes einzelne Bauteil muss auf Radioaktivität gemessen und entsprechend entsorgt werden. Vier Monate dauere es, bis so ein 60-Quadratmeter-Raum "freigemessen" ist. Gutachter der **Atomaufsichtsbehörde** überwachen und bewerten jeden einzelnen Schritt.

Mehr als 300 Räume müssen auf diese Weise dekontaminiert werden. Um das gesamte Kernkraftwerk abzubauen, müssen 70.000 Tonnen Beton entfernt werden, der teils bis zu neun Meter tief in die Erde geht.

Ein sogenanntes Dosimeter misst die Radioaktivität. Bild: rbb/Pauline Pieper

Nicht nur die kleinteilige Arbeit und die strenge Überwachung verzögern den Rückbau, wie Markus Lindner, Geschäftsführer der **EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH** erklärt. Das bundeseigene Unternehmen ist seit 1995 für den Rückbau des Kernkraftwerks zuständig. "Wir wissen nie, was uns erwartet beim Rückbau." Teilweise seien die alten Baupläne nicht präzise. Der Rückbau sei bei der Erbauung gar nicht mitgedacht worden.

Zwischenzeitlich habe der Bund während der Pandemie zudem Mittel gekürzt. Bisher kostete der Rückbau bereits 850 Millionen Euro, vollständig finanziert vom Bund. Nach aktueller Planung würden sich die Kosten auf 1,5 Milliarden belaufen, sagt Lindner. Der Rückbau des Kernkraftwerks erfordert viel Präzision. Bild: rbb/Pauline Pieper **Entsorgungsunternehmen** gewinnt Klage gegen Ministerium

Zuletzt hatte auch eine Anordnung des Brandenburger Umweltministeriums den Rückbau verzögert. Die **Atomaufsicht** untersagte eine geplante Probenahme von radioaktivem Schlamm – aus Sorge um den Arbeitsschutz. Das **Entsorgungsunternehmen** klagte und gewann Mitte Oktober vor dem Obergericht Berlin-Brandenburg. "Wir haben dadurch fast ein Jahr Zeit verloren im Rückbau", sagt Geschäftsführer Lindner. Die Anordnung sei absolut nicht nachvollziehbar gewesen. Man prüfe eine Schadenersatzforderung.

Wie aufwendig der Rückbau ist, wird beim weiteren Rundgang durch den Kontrollbereich deutlich. "Es gibt Personen, die den ganzen Tag nur damit beschäftigt sind, Wischtests durchzuführen", erklärt Christian Held, Leiter des Rückbaus. Mit einer Art Wattepad werden Wände und Böden abgewischt und ihre Radioaktivität bestimmt - 25.000 Tests pro Jahr, um Kontaminationen zu erfassen und sicherzustellen, dass sie nicht nach außen gelangen. Das Kernkraftwerk von außen Bild: rbb/Pauline Pieper Radioaktive Stoffe kommen ins Zwischenlager nach Lubmin

"Hier jetzt wirklich nichts anfassen", sagt Betriebsleiterin Annette Schulz in der riesigen Halle, wo sich einst die Quelle der radioaktiven Strahlung befand: der Reaktor. Er wurde schon 2007 ins Zwischenlager in Lubmin bei Greifswald gebracht. Auch der Kernbrennstoff befindet sich dort. Ein **Endlager** für hochradioaktive Stoffe wird in Deutschland noch gesucht.

In der Halle werden mittlerweile die verschiedenen Bauteile des Kraftwerks sortiert und zerkleinert. Was strahlt, wird von den Beschäftigten in den berühmten gelben Fässern verstaut und ebenfalls ins Zwischenlager gebracht. Gefährlich sei die Arbeit hier aber nicht, erklärt Schulz. Den gesetzlichen Grenzwert von 20 Millisievert pro Person pro Jahr erreiche niemand. Die gesamte Belegschaft sei insgesamt im Jahr 2024 nur auf einen Wert von 0,9 Millisievert gekommen.

Jahrelang arbeiten, nur um ein Gebäude abzureißen – traurig findet das Schulz nicht: "Rückbau ist wirklich eine Herausforderung und genauso spannend wie der Betrieb." Unter den 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Rheinsberg sind Bauingenieure, Elektriker, Statiker, Physiker und Chemiker. Trotzdem war der Rückbau nicht für alle leicht. "Wenn die, die das aufgebaut haben, es rückbauen soll, dann heulen die",

sagt Christian Held, Leiter des Rückbaus. Deswegen gebe es eine Faustregel zur Zusammensetzung der Mitarbeiter: "Ein Drittel aus der ehemaligen Betriebsmannschaft, ein Drittel Erfahrene im Rückbau und ein Drittel Neue." In diesen bekannten gelben Fässern befindet sich radioaktiver Abfall. | Bild: rbb/Pauline Pieper
Einst arbeiteten rund 650 Menschen im Kernkraftwerk Rheinsberg

Einst war das Atomkraftwerk in Rheinsberg eine Attraktion. Es war der erste Kernreaktor, der aus der Sowjetunion exportiert wurde. Als Kraftwerk der ersten Generation erzeugte es bis zu 70 Megawatt Strom. Damit konnte damals eine Stadt wie Potsdam versorgt werden. Rund 650 Menschen waren im AKW beschäftigt, es wurde eine eigene Wohnsiedlung für sie gebaut.

Heutzutage sei es schwierig, Fachkräfte zu finden, die sich für den Rückbau von Kernkraftwerken interessieren, sagt Geschäftsführer Lindner. Seit Deutschland den Atomausstieg beschlossen hat, habe die Kernenergie sehr an Attraktivität verloren. Dabei werde der Rückbau Deutschland noch jahrzehntelang beschäftigen.

Am Ende des Rundgangs im Kernkraftwerk Rheinsberg zeigt das Dosimeter immer noch Null. "Keine Kontamination", sagt eine Computerstimme im Ganzkörperscanner. Nach aktueller Planung soll der Rückbau hier Mitte der 2040er Jahre abgeschlossen sein. Ob das gelingt, kann wohl keiner vorhersagen.

Sendung: rbb24 Brandenburg aktuell, 25.10.2025, 19:30 Uhr
